

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Deutschland fehlt die Brillanz

2

Nationalbank und Bargeld

12

Vom Paradies zur Hölle

14



«Deutschland fehlt die Brillanz, die intellektuelle Spitze»

Wenn Machtgier die Eignung verdrängt

von Fabian Nicolay, Herausgeber des blog@achgut.com

Ein roter Faden zieht sich durch nunmehr zwei oder drei Dekaden: Deutschland hat ein Problem mit Exzellenz, d.h. mit Spitzenleistung, mit hervorragender, vorbildhafter Stellung, mit Talent, Qualität und Expertise. Ich meine das so: Exzellenz fehlt, weil sie nicht geduldet wird im Klub der machtgierigen Unbegabten.



Vor allem zeigt sich dieser Mangel an Brillanz zunehmend an der Auswahl des Personals, das sich für gehobene Aufgaben, Ämter und Spitzenpositionen in der Politik in Stellung bringt. Es ist das Prinzip einer Qualifikation über das Gegenteil des Anforderungsprofils – nämlich über Proporz und plumpe Zugehörigkeit zu einer Seilschaft.

Die Unterdurchschnittlichkeit dieser Leute scheint proportional zu ihrem Erfolg. Es hat den Anschein, als gäbe es im «Apparat» ein stilles Übereinkommen, die wirklich guten Leute nicht mehr nach vorn kommen zu lassen. Deshalb halten sich die Unqualifizierten wie eine Kaninchenplage im Stadtpark. Es geht immer weniger um Eignung im Sinne der zu erfüllenden Aufgabe, sondern vielmehr um das stupide Ausfüllen einer Machtposition im Sinne einer Karriere auf vorgegebener Parteilinie. Echte Eignung als hervorragende, souveräne Persönlichkeit und umfassende Kenntnisse der Materie sind eher Ausschlusskriterien.

Deutschland ist mit einer geistigen Verelendung der «Eliten» konfrontiert, die System hat. Für die notwendige Erfüllung ihrer Aufgaben ist es offensichtlich auch nicht von Belang, dass die Mandatsträger jeweils Schaden vom deutschen Volk eidesstattlich abzuwenden versprochen. Solches Gebaren erinnert

Fabian Nicolay ist verantwortlich für den Achgut-Newsletter (blog@achgut.com), herausgegeben von der «Achse des Guten». Die Schweizerzeit bedankt sich für das ihr erteilte Abdrucksrecht, das die Publikation des heutigen Leitartikels ermöglicht. Der Text entstammt dem Achgut-Wochen-Newsletter vom 20. Januar 2023.

zunehmend an die korrupten Verhältnisse einer Bananenrepublik, wo sich jeder bedient, der Zugriff hat.

Das Parteibuch ist ausschlaggebend

Das Paradox der deutschen Parteienlandschaft ist ihre geistige Mutlosigkeit und Exzellenz-Abwehr, und ihr Hang, Versagen im Amt zum Prinzip der Machtzubilligung erkoren zu haben. Ohne Folgen für die Person, aber katastrophal für das Land. Die Regierungen in Deutschland sind zweckfremd zu Marionetten der Parteiapparate verkommen, statt dem Volk und der Bevölkerung zu dienen.

Zaudern und Lavieren des Kanzlers

Das ganze Dilemma um das Fehlen von Verantwortlichkeit und Begabung ist kaum aufgefallen, solange die politische Schönwetterlage die Früchte der Vorgängerregierungen zur Ernte brachte und der See still ruhte. Seit die Krisen jedoch perlenschnurartig auftreten und die Wogen hochschlagen – seit Deutschland innen- und aussenpolitisch unerwartet neue, historische Verantwortlichkeiten zugewiesen bekommt – zeigt sich die Unfähigkeit der Regierung mit aller Deutlichkeit. Ihre müden Bewältigungskonzepte

«Die Dummheit von Regierungen sollte niemals unterschätzt werden.» *Helmut Schmidt, ehem. SPD-Bundeskanzler*



VOLAND
genuss • kreativ • baumerfladen.ch

Alles für ein genussvolles Osterfest

Tel. 055 265 11 20
www.baumerfladen.ch
info@baumerfladen.ch

Handgefertigte Osterartikel
Edle Schoggiosterhasen, Pralinés, Zopfcreationen,
traditionelle Baumerfladen und tolle Firmengeschenke.



Bauma • Steg • Wald • Rüti • Bäretswil • Fehraltorf • Laupen • Kempththal • Gossau ZH

erschöpfen sich oft genug im Zaudern und Lavieren des Kanzlers.

Die Leugnung offensichtlicher Zukunftsgefahren, die nicht ins ideologische Weltbild passen, gehört heute zum Habitus von Herrschaften, die mit pragmatischen, ideologiefreien Analysen und Lösungen pauschal ihre Probleme haben, sei es aus purer Dummheit oder aus Halsstarrigkeit. Das Personal, das ich hier meine, ist renitent, unbelehrbar, uneinsichtig im Scheitern und klebt an seinen Stühlen wie Kaugummi. Wenn die Zentrifugalkräfte der Aufgabenstellungen solche Kandidaten doch mal aus dem Amt schleudern, behaupten die hauptsächlich an sich selbst Gescheiterten gern, die Aufgaben seien zu komplex gewesen, oder die Medien hätten die Eigenleistung schlechtgeschrieben.

Desaströses Verhältnis zur Verantwortung

Wenn Frauen oder Männer als Verteidigungsminister reüssieren wollen, müssen sie eine Ahnung von Verteidigungspolitik, von der Bundeswehr und vom Soldatenleben haben, sonst sind sie ungeeignet. Genauso ungeeignet ist auch ein Wirtschaftsminister, der eigentlich Kinderbuchautor sein will. Wer um des Postens willen eine Aufgabe übernimmt, der er oder sie nicht gewachsen ist, schadet dem Land und dessen Ansehen. Das sollte doch wohl anerkannt sein.

LACHEN VERBOTEN!

Mundart-Akkusativ

Nationalrat Lukas Reimann hat eine Motion eingereicht, die im Parlament auch der Gebrauch der Mundart erlauben soll. Seine Begründung: «Dialekte prägen der Charakter und sind Ausdruck der Schweiz.» Es ist eine von der in das vergangene Jahr eingereichter 2'716 Vorstösse von Mitglieder unseren Parlaments. Damit beschäftigen sie die Bundesverwaltung und sichern der Beamten ihr Job.

Jetzt haben Sie der Text gelesen, der verrät, dass ich als Absolvent von der alten Schule der Akkusativ und die anderen drei Fälle noch immer aus dem Äffäff beherrsche. Nicht so wie die heutige Schüler mit dem Lehrplan 21, wo Rechtschreibung und Grammatik nicht mehr so wichtig sind.

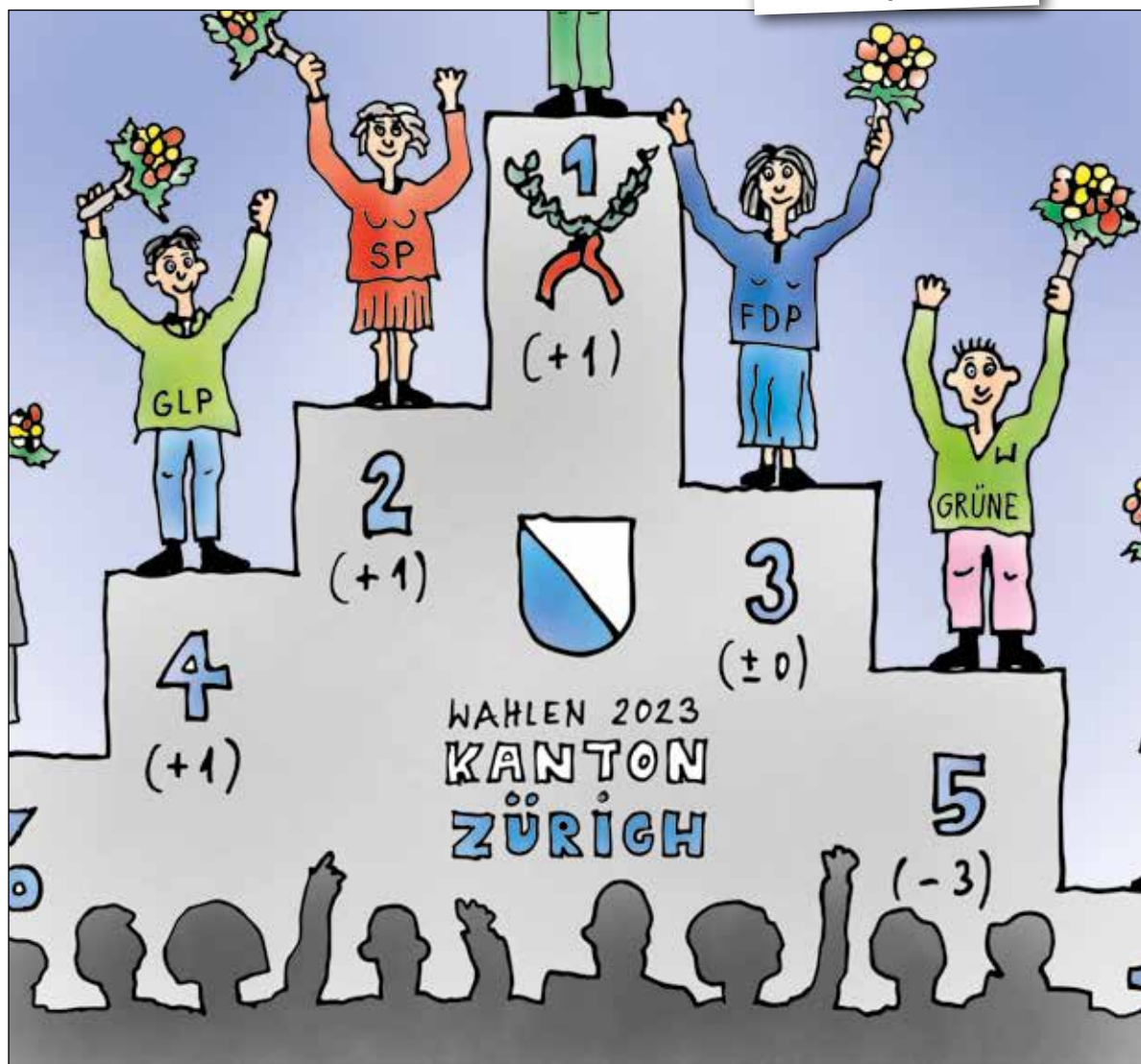
Hans Abplanalp, im Nebelspalter

Es ist kurios, dass jeder, der am Strassenverkehr teilnehmen will, einen Führerschein machen muss, dass Handwerksberufe Lehrjahre und Abschlussprüfungen erfordern. Nur die verantwortungsvollsten Positionen, die es in unserem Land zu vergeben gibt, nämlich die der Minister, dürfen von Laien und Inkompetenten bekleidet werden, die lediglich mit dem richtigen

Fortsetzung auf Seite 5

Wie das Staatsfernsehen
den Sieger zum
Verschwinden bringt

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Geschlecht geboren sind und das passende Parteibuch vorweisen können. Das desaströse Verhältnis unseres Landes zur Verantwortung muss beendet werden, damit sich Exzellenz endlich wieder in Ministerämtern niederschlagen kann und Deutschland zugutekommt. Das Scheitern der zurückgetretenen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht ist ein Paradebeispiel für die Weltfremdheit, Inkompetenz, Uneinsichtigkeit und Larmoyanz, mit der sich einige Amtsinhaber recht schnell und nahezu zwangsläufig blossstellen.

Geschlechterproporz statt Fähigkeit

Verharren im Amt, bis es kracht, ist allerdings ein Phänomen der gesamten Merkel-Scholz-Ära. Das hat sich im Lockdown der Geimpften noch verschärft: Fehlbesetzung, Unfähigkeit und Scheitern sind seit längerem kaum noch Grund für Rücktritt oder Abberufung – heute ist es viel eher der Geschlechterproporz, der für Verwerfungen sorgt, wie man neulich bei der Entlassung von Thüringens Justizminister Dirk Adams (Grüne) sehen konnte. Er wurde auf Geheiss seiner eigenen Partei rausgeschmissen, um die Frauenquote im thüringischen Kabinett mit der ersten schwarzen Landesministerin Deutschlands wieder herzustellen.

Wie soll exzellente Politik gelingen mit Menschen, die in Krisen nur hoffen können, irgendwie durchzukommen, die beim Thema Verantwortung lieber vom «Wir» reden und kollektive Durchhalteparolen bemühen. Dem Land fehlt die intellektuelle Spitze.

Der ehemalige SPD-Kanzler Helmut Schmidt wusste, dass Kompetenz und Souveränität einen Staatsmann ausmachen. Er zog es vor, relativ unbeeinflusst seinem Land zu dienen, mit gegebener Exzellenz und Klarheit: «Wenn Sie so wollen, fühle ich mich im Dienste der moralischen Prinzipien, denen ich mich verpflichtet weiss. [...] Aber nicht im Dienste eines Staates oder irgendeiner Macht oder einer Partei, meiner Partei.»

Er soll auch gesagt haben: «Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.» Wenn das alles so weitergeht, träumen die unverbesserlichen «Visionäre» Deutschland noch in den Ruin.

Fabian Nicolay

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Mafiöse Strukturen



Zehntausende Einwohner, möglicherweise mehr als die Hälfte, profitieren in der Stadt Zürich vom stadträtlich herbeigeführten verbilligten Wohnen. Das linksgrüne Zürich hat die Grenze, die «Bedürftigkeit» mit Anspruch auf städtisch verbilligtes Wohnen derart hoch angesetzt, dass selbst alleinstehende Spitzenfunktionäre sich in angeblich «gemeinem Nutzen» reservierten Herrschaftswohnungen breit machen können. Und jeder dieser Zehntausenden weiss: Die ihm zuteil werdende Begünstigung ist bloss solange gesichert, als Rot-Grün in Zürich das Sagen hat. Folglich zementieren all diese Profiteure – oder Schmarotzer – von Wahl zu Wahl die rot-grüne Mehrheit. Nicht politischer Wettbewerb, sondern materieller Profit bestimmt in Zürich jeden Wahlausgang. Da ist ein waschechtes Klientel-System entstanden. Es dominieren mafiöse Strukturen: Die rotgrüne Stadtregierung sichert finanzielle Privilegien – und die Profiteure zementieren Rotgrün alle Macht.

Wo solch Klientel-System Tatsache wird, wuchert – wie jedermann sehen kann – auch Gewalt. Die von ihrem materiell profitierenden Anhang sicher an der Macht gehaltenen Stadträte lassen Krawall geschehen und bieten notorisch zu wenig Sicherheitskräfte auf, so dass kaum Verhaftungen vorgenommen werden können. Diejenigen, die von der Stadtregierung materiell profitieren, nehmen Krawall und Chaos achselzuckend hin. Persönlich kann man den Krawallanten ausweichen. Und die Schäden treffen bloss Kleingewerbler. Die sollen doch ihre Versicherungen zahlen lassen. Für die Kosten, die der Stadt erwachsen – zum Beispiel für die in viel zu kleiner Zahl aufgebotenen Sicherheitskräfte –, gibt's ja noch den Zentrallasten-Ausgleich: Die Kantons-Einwohner bluten mit!

So läuft's in Zürich. Immer wieder. Nur eine Vorgehensstrategie könnte die mafiösen Strukturen brechen: Die Rädelsführer sind für alle angerichteten Schäden persönlich finanziell vollumfänglich haftbar zu erklären. Sind sie nicht greifbar, ist die Stadtregierung, insbesondere die für die Sicherheit der Stadt eigentlich verantwortliche linke Frau Karin Rykart persönlich vollumfänglich haftbar zu machen – mit Lohnpfändung allenfalls bis an ihr Lebensende.

Wer vor dazu erforderlicher Strafklage zurückschreckt, muss hinnehmen, dass Gewalt und Zerstörung in Zürich weiterwuchern – bis zum bitteren Ende.

Ulrich Schlüer

Spalte
rechts

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Familienzerstörung

Die «grosse Transformation», wie sie im Koalitionsvertrag vor einem Jahr verabredet wurde, will Familien, Geschlecht und die Formen privaten Zusammenlebens neu gestalten – kurz, alles, was uns ausmacht, wird dem Zugriff freigegeben. Und das bei maximierter Zuwanderung: Nicht Arbeitskräfte sollen zuwandern, wie es während der Gastarbeitermigration üblich war, sondern es werden Leistungsbezieher gesucht, die schnellstmöglich zum materiellen Anspruch auch einen Pass erhalten. Das schon länger hier lebende Volk soll es finanzieren, während seine Traditionen, Religion und historischen Erfahrungen auf den Müll geworfen oder zumindest in einer rot-grünen Ideologiewaschmaschine gründlichst gereinigt werden. Deutschland verschenkt sich – materiell und ideell.

(Roland Tichy, Tichys Einblick 01/23)

Vertuschung

Ich sage nicht, dass keine deutschen Jugendlichen dabei waren. Neukölln und Kreuzberg sind sehr linke Berliner Bezirke. Und wir wissen, wie sehr die Verachtung der Polizei unter Linksextremen verbreitet ist. Ich will auch nicht ausschliessen, dass Rechtsextreme dabei waren. Aber: Wenn eine Gruppe junger weisser Deutscher einen Migrant angriff, thematisieren alle Medien die Herkunft der Täter und der Opfer – zu Recht, denn dann handelt es sich offensichtlich um Rechtsradikalismus. Wenn es aber umgekehrt ist, vertuscht man die Herkunft der Täter und die Dimension der Gewalt.

(Hamed Abdel-Samad, 08.11.2023)

Wahrheitsministerium

Unter dem Deckmantel, Internetkonzerne für «gesetzeswidrige Inhalte und Falschinformationen» verantwortlich zu machen, fordert SP-Nationalrat Jon Pult ein sogenanntes «Fake News-Gesetz» (Parlamentarische Initiative 21.532). Dieser Vorstoss ist ein brandgefährlicher Angriff auf die freiheitliche Schweiz. Er tritt die demokratische Meinungsbildung und die

Christenverfolgung

Das Ausmass der Gewalt gegen Christen hat in den letzten Jahren einen neuen Höchststand erreicht. Im Berichtszeitraum 1. Oktober 2021 bis 30. September 2022 des neuen Weltverfolgungsindex wurden mindestens 5'621 Christen wegen ihres Glaubens ermordet. Besonders in Nigeria (Rang 6) und in ganz Subsahara-Afrika hat die Gewalt gegen sie erheblich zugenommen. Ausserdem verschärfen zunehmender Autoritarismus sowie ideologischer Nationalismus die Verfolgung und Diskriminierung, von der Christen in 76 Ländern in hohem Mass betroffen sind.

(Open Doors Schweiz, 12.01.2023)

Meinungsausserungsfreiheit mit Füssen. Die Junge SVP wird diesen Zensur-Vorstoss mit aller Kraft bekämpfen – wenn es sein muss, mit einem Referendum. Wir brauchen kein staatliches Wahrheitsministerium, welches das Internet zensiert und in anmassender Weise darüber entscheidet, was wahr ist und was nicht.

(Medienmitteilung Junge SVP, 03.02.2023)

Asylchaos

Das Asylrecht wurde ursprünglich eingeführt, um ernsthaft an Leib und Leben bedrohten Menschen eine Zuflucht zu geben. Doch die Schweiz hat sich dummerweise an das EU-Asyl-System von Dublin gekettet. Eigentlich müsste unser Land gar nicht auf Asylgesuche eintreten von Menschen, die aus sicheren Ländern zu uns kommen. Tatsächlich aber halten Italien und andere Staaten das Asylgesetz von Dublin längst nicht mehr ein. Dublin ist gescheitert. Schauen wir wieder selbst zu unseren Grenzen!

Zwar werden alle Asylanträge geprüft. Doch das Resultat ist ernüchternd: Wer kein Anrecht hat auf Asyl, unser Land verlassen müsste, aber angeblich vorläufig nicht in sein Heimatland zurückkehren kann, kommt in den Status «vorläufig Aufgenommene». In den letzten Jahren sind von 65'000 vorläufig Aufgenommenen – Sie lesen richtig – gerade einmal 112 nachhause geschafft worden. Der ganz grosse Rest der illegal Zugewanderten bleibt einfach hier – und wird als «vorläufig Aufgenommene» legalisiert. Inklusive späterem Familiennachzug.

(NR Thomas Matter, In den Sümpfen von Bern, Episode 215, 01.02.2023)

Panzer

Sicherheitspolitiker mehrerer Parteien wälzen die Idee, zumindest einen Teil der Panzerflotte zu verkaufen und diese jenen Staaten zur Verfügung zu stellen, die ihre Leopard-Kampfpanzer an die Ukraine weitergeben. Denn dadurch entstehen den europäischen Partnerländern der Schweiz Lücken in ihrem Arsenal. HALT! STOP! Die grundlegendste Erkenntnis im Zusammenhang mit dem brutalen Ukraine-Krieg ist die, dass Kriege nicht ausschliesslich im Cyberraum geführt, sondern letztlich immer auch am Boden ausgetragen werden. Daraus muss die Erkenntnis gewonnen werden, dass die Schweizer Armee sowohl personell als auch materiell zu stärken ist. Gerade in der heutigen Zeit zeigt sich, dass Frieden nicht etwas Selbstverständliches ist, sondern etwas Zerbrechliches, das immer bedroht und gebrochen werden kann. Die Verteidigungssicherheit unseres Landes gilt es folglich zu stärken.

Die 96 stillgelegten Panzer 87 (Leopard 2) sind deshalb zwingend als strategische Reserve im Bestand zu halten und – auch um eine Vollausrüstung bei den aktuell noch vorhandenen sechs Panzerbataillonen zu erhalten – zeitnah einem Kampfwertsteigerungsprogramm zu unterziehen.

(NR David Zuberbühler, SVP-Editorial, 01.02.2023)

«Die Zuger Landammann-Affäre»

Sex, Lügen und ein verbotenes Buch

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Wer will noch etwas über die «Zuger Sex-Affäre» lesen? Wir eigentlich nicht. Es sei denn, es steht etwas darüber in einem verbotenen Buch.



Die Geschichte ist bekannt: 2014 kommt es an der Landammannfeier in Zug zu einem sexuellen Kontakt zwischen Jolanda Spiess-Hegglin, einer jungen hübschen Linksgrünen, und Markus Hürlimann, damals Kantonsrat und Präsident der SVP des Kantons Zug. Spiess-Hegglin macht geltend, sie sei dabei unter dem Einfluss von K.O.-Tropfen vergewaltigt worden. Der SVPLer wird verhaftet, aber schon bald von allen Vorwürfen entlastet.

Betäubt und vergewaltigt?

Doch Spiess-Hegglin kämpft verbittert um die von ihr vertretene Deutung des Abends; sie sei betäubt und vergewaltigt worden. Auch wenn vieles dafür spricht, dass dem nicht so war. Spiess-Hegglin will der Öffentlichkeit um jeden Preis beweisen, dass sie keinen Ehebruch begangen hat. Dass sie geschändet wurde. Mit ihrer Kommunikationsstrategie trägt sie dazu bei, dass der – für sie belastende – Medienhype anhält.

Kleinkrieg unter Feministinnen

Einen veritablen Kleinkrieg liefert sich Spiess-Hegglin auch mit einer Journalistin des Tages-Anzeigers, Michèle Binswanger. Als Binswanger im März 2015 einen kurzen Kommentar zur Affäre schreibt, wird sie von Spiess-Hegglin massiv und anhaltend kritisiert. Diese höre seither nicht auf, negativ über Binswanger zu reden und damit ihre Fans auf sie zu hetzen, die ihr und ihren Chefs Mails, Nachrichten und Hassbotschaften schickten und sie öffentlich bis heute diskreditierten, so Binswanger.

Alkoholkonsum und Sexualverhalten

Und als Binswanger in einem Buch die Sicht von SVP-Kantonsrat Hürlimann zeigen will, geht es richtig los. Auf Gesuch von Spiess-Hegglin wird ihr superprovisorisch verboten, auch nur einen Satz über den Alkoholkonsum oder das Sexualverhalten von Spiess-Hegglin

zu schreiben. Nach einem dreijährigen gerichtlichen Tauziehen unterliegt die Frau aus Zug. Das Buch darf erscheinen. Spiess-Hegglin kündigt an, mit dem Anwalt von Erdogan an den europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu gelangen. Seitdem wollen alle wissen, wie viel Frau Spiess getrunken hat und wie ihr Sexualverhalten war.

Triebgesteuerter Fehltritt?

Trotz anwaltlichem Sperrfeuer und eingeschüchterten Verlagen ist das Buch also erschienen. Und so lesen wir, dass Spiess-Hegglin bei der Polizei die Aussage machte, sie habe zwei Männer gesehen. Einer sei Markus Hürlimann gewesen, welcher entblösst vor ihr stehe und daneben ein zweiter Mann mit einem Grinsen im Gesicht. Und dass sie als Beschuldigten entgegen dem Eindruck, den sie erweckte, ausdrücklich Markus Hürlimann nannte. Oder dass die meisten involvierten Personen die Skandalnacht als einen alkoholgeschwängerten triebgesteuerten Fehltritt wahrnahmen.

Die bittere Pointe

Auf der Strecke bleibt Hürlimann. Er wird von linken Medien immer noch als Täter denunziert: «Die linke Kantonsrätin Jolanda Spiess-Hegglin wurde von einem rechtspopulistischen Politiker vergewaltigt», heisst es zum Beispiel völlig tatsachenwidrig. Es gibt keine Interessengruppen, die sich für den SVP-Mann einsetzen. Als die Staatsanwaltschaft seine Unschuld bekanntgibt, gibt er deshalb eine Pressekonferenz und hofft, dass damit das schiefe Bild seiner Rolle gerade gerückt wird. Er wird enttäuscht. Niemand interessiert sich dafür, niemand will den SVP-Mann rehabilitieren. Das ist die bittere Pointe von Binswangers Buch.

Hermann Lei

Zu verkaufen - Rarität

In traumhafter Juralandschaft, im Wander- und Erholungsgebiet, in nebelarmer Zone, auf über 725 m. ü. M., je 15 Min. bis Egerkingen, Olten und Sissach, Anschluss ÖV mit Bus

5 1/2 Zi-Haus, Jg. 1989
3 1/2 Zi-Haus, Jg. 2006

Grundstück 2350 m², mit je 1 Schopf für Gartengeräte + Haustiere, mit Naturwiese + Naturhecke, Baum- und Gemüsegarten, umgeben von Landwirtschaftszone. Das 3 1/2 Zi-Haus wollen wir noch für einige Zeit im Wohnrecht nutzen.

Wenden Sie sich bitte schriftlich an: «Schweizerzeit» Verlags AG, Chiffre 100, Postfach 54, 8416 Flaach

Churz & Bündig

Selbst Richter behaupten: Die Aktionen der Klimakleber seien legitim. Damit wäre aber auch legitim, diese einfach kleben zu lassen.

US

Leserbriefe

Spielregeln geändert

Für die EU gilt ein Verschuldungsverbot, zudem darf der Haushalt nicht durch Kreditaufnahme finanziert werden. Und die Spielregeln dürfen nicht während des «Spiels» geändert werden. Diesen Fehler haben seinerzeit auch die religiös Verantwortlichen des Tempels in Jerusalem begangen. Wenn der Messias kommt, sagen sie, wird er diese und jene Merkmale vorweisen. Und als Jesus dann alle erfüllte, änderten sie die Spielregeln. Gleiches gilt heute für das politische Personal in Brüssel. So wie im Jahre 70 n. Chr. die religiösen Wortbrecher durch Kaiser Titus zerstört wurden, wird auch der Untergang der EU wegen ihres Wortbruchs die Folge sein.

Jörg Beyli, Unterseen BE

Umwelt- und Klimaschutz Schweiz

In unserem Land wird pro Sekunde ein Quadratmeter Boden überbaut. Das ergibt rund 31 km² (oder 31 Millionen Quadratmeter bzw. 4'220 Fussballfelder) pro Jahr. Sämtliche Parteien ausser der SVP wollen noch mehr Zuwanderung. Das bedeutet für die kleine Schweiz eine massive Zubetonierung der Natur. Wer in den heissen Monaten schon einmal barfuss über Beton gelaufen ist, der weiss, dass man sich dabei die Füsse übel verbrennt. Nebenan auf einer Wiese ist das kein Problem. Beton, Hausdächer etc. geben viel mehr Wärme ab, so dass die Umwelt sehr stark erhitzt wird.

Wenn jedes Jahr 50'000 bis 70'000 (2022 waren es sogar rund 200'000) mehr Menschen in die Schweiz kommen, bewirkt das eine starke Zunahme des Wohnungsbaus. Dazu müssen Kitas, Kindergärten, Schulen, Spitäler, Strassen sowie der öffentliche Verkehr massiv ausgebaut werden. Zudem braucht es immer mehr Fachkräfte, Ärzte, Pflegepersonal, Reinigungspersonal, Techniker, Köche, Lehrer, Bauarbeiter. Und das alles jährlich wiederkehrend. Auch diese Leute brauchen Strom, der schon jetzt Mangelware und sehr teuer ist. Es leben heute schon über neun Millionen Menschen in der Schweiz. Und die linken Gutmenschen

Keine Kürzungen beim Armeebudget!

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 25. Januar 2023 sollen die Armeeaussgaben ab 2024 deutlich langsamer wachsen als vom Parlament vorgesehen. So sieht der Bundesrat für 2024 noch ein Armeebudget von 5,6 Milliarden Franken vor, 300 Millionen weniger als im Finanzplan vorgesehen. 2025 wären es 500 Millionen und 2026 sogar 800 Millionen Franken weniger.

Der Ukrainekrieg zeigt uns schonungslos auf, dass Sicherheit und Freiheit in Europa keine Selbstverständlichkeit sind. Die neutrale Schweiz muss sich selbst verteidigen können. Unser Land wendet derzeit nur 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Verteidigung auf – im europäischen Vergleich beschämend wenig. Das Parlament hat im letzten Jahr die Erhöhung des Militärbudgets auf 1 Prozent des BIP beschlossen, was rund sieben Milliarden Franken entspricht (heute sind es fünf Milliarden). Sicherheit und Landesverteidigung müssen in Anbetracht der aktuellen Lage erste Priorität haben. Die in den letzten Jahrzehnten kaputtgesparte Armee braucht dringend mehr finanzielle Mittel, insbesondere für die zeitgemässe Ausrüstung der Bodentruppen. Der Verband Militärischer Gesellschaften Schweiz (VMG) erwartet deshalb vom Parlament eine klare Ablehnung der vom Bundesrat geplanten Kürzungen der Armeeaussgaben.

Oberst i Gst Stefan Holenstein, Präsident VMG

inklusive FDP und Mitte wollen noch mehr Zuwanderung. Welche Schweiz wollen sie ihren Kindern hinterlassen? Noch mehr Beton, noch mehr Kriminalität? Liebe Schweizer, wacht endlich auf!

Walter Dübi, Anzère VS

Zu hohe Löhne bei Bund, Kantonen und Gemeinden

Der Staat vergoldet seine Angestellten: Der Durchschnittslohn in der Privatwirtschaft beträgt 88'896 Franken, beim Bund sind es satte 117'176 Franken. Dies zeigt die Studie «Lohnprämie von Staatsangestellten: Verwaltungslöhne unter der Lupe» des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik der Universität

Churz & Bündig

Wir kennen kein grösseres Medium, das die angeblich «längste Häuserbesetzung, die in Zürich je stattgefunden hat», nicht ausgiebigst beweihräuchert hätte. Und das jetzt dafür sorgt, dass die Kravalle und massiven Zerstörungen zum Abschluss dieser Besetzung rasch wieder vergessen werden. Sie zeigen, dass die Mitteilung, wonach die Koch-Areal-Besetzung die längste seit je ist, nichts anderes als fake news sind. Die Besetzung der Redaktionen der Monopol- und Mainstream-Medien durch Links-Grün-Diktat dauert bereits weit länger als die Koch-Areal-Besetzung gedauert hat.

us

EH Ehrensperger Partner
Vermögensverwaltung

Ehrensperger Partner Vermögensverwaltung AG
Hamelirainstrasse 15
CH-8302 Kloten
+41 (0)44 815 59 00
info@ehrenspergerpartner.ch

Steigende Sozialausgaben im kausalen Zusammenhang



Ein Bild mit Symbolgehalt: Dänemark, dessen Willkommensmentalität gegenüber Zuwanderern und Migranten als Vorbild in ganz Europa galt, denkt um. Unter dem Druck der Realität – Verlust von Sicherheit, mehr Kriminalität und explodierende Kosten im Sozialbereich – hat eine Neuorientierung stattgefunden.

Die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen, eine Sozialdemokratin, hat im dänischen Parlament einen Plan vorgestellt, der die EU-Regierungen verblüffte: Sie wolle in Übereinstimmung mit Regierung und Volk künftig Asylbewerber in Asylzentren ins afrikanischen Ruanda abschieben, u.a. um Sozialkosten zu sparen. Um ihr Ziel öffentlich zu unterstreichen, verteilte sie in Dänemarks Hauptstadt Rosen an Passanten unter Handlungsprämisse: «Gegen Zuwanderung in den Sozialstaat». Erstaunlich, ausgerechnet Dänemark, Europas einstiger Klassenprimus bezüglich Asyl-Aufnahmebereitschaft, unternimmt, assistiert von Ausländer- und Integrationsminister Kaare Dybvad solche Schritte zur Bewältigung eines Migrationsproblems.

Hat man auch bei uns die Zeichen der Zeit und den Handlungsbedarf erkannt? Unsere Staatsausgaben

haben sich seit 1995 fast verdoppelt und stehen (2021) bei 267 Milliarden Franken, die Bund, Kantone und Gemeinden jährlich ausgeben; das sind 30'000 Franken pro Einwohner. Sozialschutz und Gesundheitswesen machen fast die Hälfte des Gesamtbudgets aus, während sich Verteidigung, Militär, Polizei und Justiz zusammen mit rund zehn Prozent des Budgets begnügen müssen.

Auffallend stark stiegen die Sozialausgaben mit 100 Milliarden als grösstem Budgetposten, dies trotz starker Konjunktur. Wie geht das? Reto Föllmi, Volkswirtschaftsprofessor an der Uni St. Gallen, erklärt den enormen Sozialkostenanstieg trotz bester Wirtschaftslage damit, dass über die Staatsverwaltung ständig neue Bezugsangebote geschaffen würden. So hat sich die Schweizer Sozialausschüttung seit 1995 mit einer Steigerungsrate von 95% fast verdoppelt. Professor Föllmi: «Der Staat benötigt mehr Infrastruktur.»

Da erinnert man sich zwangsläufig der gebetsmühlenartig wiederholten Argumente helvetischer Gutmenschen: «Die Ein- und Zuwanderung holt uns jede Menge Fachkräfte ins Land.» Tönt gut, Faktum aber ist wohl: «Zu schwacher Fachkräftezzug, zu starker Sozialbezug.»

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Luzern. Wie lässt sich dieser Lohnunterschied erklären? Das versuchten die Studienautoren um Prof. Dr. Christoph Schaltegger mittels einer systematischen Lohnanalyse herauszufinden. So wurde zum Beispiel der Lohn einer 40- bis 45-jährigen promovierten Ökonomin aus der Privatwirtschaft mit dem Lohn einer Bundesangestellten verglichen, die ein gleichwertiges Profil aufweist und derselben Tätigkeit nachgeht. Ebenso wurden Faktoren wie der Bildungsabschluss, die Studienrichtung, die Anstellungsdauer und das Alter sowie das Geschlecht berücksichtigt. Wichtig hierbei sind die sogenannten Lohnprämien: Verwaltungsangestellte erhielten diese – im Gegensatz zu Beschäftigten der Privatwirtschaft – auf allen Ebenen. Bei der Bundesverwaltung ist diese Kluft am höchsten: Sie beträgt 11,6 Prozent.

Aber eigentlich interessieren mich gar keine langen Erklärungen, sondern ich möchte wissen: Welche Politiker haben den Mut, sich dieser Sache anzunehmen? Und vielleicht interessiert Sie noch meine Definition der Bundesverwaltung: Geschützte Werkstatt, in der sich genderfluide, linke, ewigstudierende Expert*innen zum woken Schwatz bei wässerigem Kamillentee und veganem Kuchen treffen. Das Ganze finanziert vom Steuerzahler!

Konrad Rüegg, Ebnat-Kappel SG



Luzerner Fasnacht (zugesandt von Hans Kaufmann, Wettswil a.A.)

Meine Überlegungen zur Schweizer Agrarpolitik

Unsere Ernährungssicherheit ist bedroht!

von Sepp Oetiker, alt Landwirt, Zunzgen BL

Seit dem 1. Januar 2023 haben wir im Prinzip eine neue agrarpolitische Ausgangslage, weil ab diesem Datum das gesamte Verordnungspaket betr. Gewässerschutz in Kraft tritt und die zusätzlichen Biodiversitäts-Auflagen auf uns zukommen.



Obwohl diese Verordnungspakete schrittweise zu wirken beginnen, haben sie teils schwerwiegende Folgen für die Ernährungssicherheit unseres Landes. Im Prinzip wird hier der Art. 104 a zur Ernährungssicherheit in der Bundesverfassung massiv verletzt, ja sogar ausser Kraft gesetzt. Mit den sogenannten Absenkpfeilen für chemische Pflanzenschutzmittel, Nährstoffe,

Rohproteine, Phosphor – und zusätzlich mit den Biodiversitätsflächen – sinkt unsere Inländische Agrar-Produktion laut Agroscope um bis zu 47 Prozent, also auf rund die Hälfte. Dies hat verheerende Auswirkungen für die gesamte verarbeitende Nahrungsmittelkette in der Schweiz – und dies ohne die 30 Prozent Ökoflächen, welche die Arten- Konferenz in Montreal fordert.

Wir brauchen eine produzierende Landwirtschaft

Es ist völlig klar: Wenn man die Produktivität senkt und ausklammert, stimmt in unseren politischen und gesellschaftlichen Systemen vieles nicht mehr. Selbst die EU-Agrarminister wehren sich zunehmend gegen die unrealistischen Pläne aus Brüssel bezüglich «Green Deal» und chemischen Pflanzenschutzmitteln; obwohl die EU im Bereich Pflanzenschutzmittel viel weniger restriktiv ist als die Schweiz. Wissen Sie, dass die EU heute schon 11% mehr Kalorien importiert als exportiert?! Das müsste auch für uns ein Signal sein.

Die Flächeneinheit mal Kalorien wird in Zukunft entscheidend sein für die Welternährung, auch für die Schweiz.

Mit der «neuen» Schweizer Agrarpolitik werden wir in Zukunft bedeutend mehr Nahrungsmittel importieren müssen – auf Kosten der zunehmend hungernen Weltbevölkerung. Denn diese nimmt markant zu, und durch die klimatischen Bedingungen, Hitze und Trockenheit, sinkt die Agrarproduktion laufend ab. Laut der Welternährungsorganisation FAO benötigt die weltweite Nahrungsmittel-Produktion bis 2050 eine zusätzliche Fläche von ganz Europa. Und wir in der Schweiz wollen uns den Luxus leisten, fruchtbare Ackerflächen versumpfen zu lassen.

Eine Mitschuld?

Aufgrund dieser Situation stellt sich die Frage: Ist unsere Agrarpolitik nicht auch mitschuldig an der Tötung vieler Menschen durch Hunger? Ist das wirklich eine soziale Agrarpolitik, die da durch Linke, Grüne, Grünliberale – und mit Hilfe unserer «bürgerlichen» FDP, siehe Wintersession 2022 – vorangetrieben wird? Warum stellen sich diese Parteien und Politiker mit ihrer 9-Millionen-Wohlstands-Gesellschaft und ihren Ansprüchen nicht einmal die Frage, woher die Umweltbelastung kommt?

Selbst das Bundesamt für Umwelt (Bafu) gibt heute zu, das grösste Problem für unsere Umwelt sei der Siedlungsdruck. Warum vertuscht man, dass die 9-Millionen-Wohlstandsgesellschaft ein Vielfaches mehr an chemischen Substanzen und Pestiziden verbraucht als die Bauern? Die Schuld gibt man aber den Bauern. Warum will man nicht wahrhaben, dass die kleine Schweiz und unsere Natur immer mehr Menschen und Zuwanderer nicht mehr verkraften kann, und dass auch Naturparks und Biodiversitätsflächen das Problem nicht lösen können?

Sepp Oetiker

50%
auf alle Mützen!
www.patriot.shop

PATRIOT.SHOP
rum Shop

Postfach 109, 8192 Glattfelden

Eichenparkett

rustikaler Eichenparkett
ca. 140 m² zu verkaufen

Trybol AG Neuhausen, info@trybol.ch

Schweiz auf Rang 7

Ungerechte «Klimagerechtigkeit»

von Hans Kaufmann, ehem. Nationalrat, Wettswil am Albis ZH

Die Schweiz gehört zu den westlichen Ländern mit der besten CO₂-Bilanz. Trotzdem zahlt sie hohe Summen an andere Staaten. Klimakonferenzen verkommen zu Umverteilungsbazars.



Mit dem Pariser Abkommen vom Dezember 2015 soll die Erderwärmung gestoppt werden. Dabei wurde auch ein «Green Climate Funds» geschaffen, der den ärmeren Ländern den Übergang zu einer klimaneutralen Politik erleichtern soll. Doch die Zahlungsmoral ist unterschiedlich. Der damalige US-Präsident Obama versprach bei der Vertragsunterzeichnung drei Milliarden Dollar, doch bis heute wurde von den USA erst eine Milliarde bereitgestellt.

Ganz anders die Schweiz. Unsere Bundesrätinnen und Bundesräte spielen bei internationalen Konferenzen gerne die reiche Tante oder den reichen Onkel. Für die erste Finanzierungsrunde 2015–2017 bezahlten die Schweizer Steuerzahler 100 Millionen Dollar, gefolgt von weiteren 150 Millionen. Schon bald wird wohl die nächste, noch höhere Spende fällig werden.

Allerdings unternehmen viele Länder der Dritten Welt trotz Finanzhilfen wenig für den Klimaschutz. Dabei würde man erwarten, dass Länder, die sich als Opfer des CO₂-Ausstosses in den westlichen Industrieländern sehen, selbst bereit sind, einen Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstosses zu leisten.

Diese Nachlässigkeit zeigt sich beim CO₂-Ausstoss pro Kopf. Viele der sogenannten Emerging Markets (aufstrebenden Märkte) liegen im vorderen Teil der Negativ-Rangliste mit einem hohen Ausstoss. Die Schweiz belegt Platz 88 von 209 rangierten Ländern und Inseln und liegt damit deutlich hinter der EU, die mit einem um 55 Prozent grösseren Ausstoss als die Schweiz auf Rang 56 steht.

Churz & Bündig

Unisono behaupten die Berset-Reinwascher-Mainstream-Medien, die Schweizer Bevölkerung störe sich nicht im geringsten ob all der Eskapaden «unseres» Bundespräsidenten. Umfragen hätten dies klar bewiesen. Nun sind Umfrage-Resultate bekanntlich nicht unwesentlich abhängig von der jeweiligen zur Anwendung gelangenden Fragetechnik. Wie würde «repräsentativ» ausgewähltes Publikum wohl die Frage beantworten: «Schätzen Sie Schwindler, Verschweiger und Vertuscher in der Schweizer Landesregierung?»

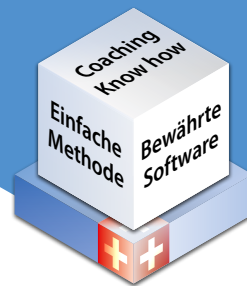
US

Absolut gerechnet hat die Schweiz seit 1990 ihren CO₂-Ausstoss um 22 Prozent reduziert, die Pro-Kopf-Berechnung zeigt ein noch wesentlich günstigeres Bild. Hier betrug die Abnahme 40 Prozent, womit die Schweiz wesentlich besser abschneidet als die EU mit 31 Prozent. Eine weitere aufschlussreiche Kennzahl ist der CO₂-Ausstoss im Vergleich zum BIP (Bruttoinlandprodukt). Sie zeigt die CO₂-Effizienz einer Volkswirtschaft an. Mit Rang sieben steht die Schweiz diesbezüglich als bestes westliches Land da, vor Schweden, Irland und Dänemark.

Fazit: Bevor wir weitere Gelder für Länder sprechen, die beispielsweise genug Geld für Waffen haben, aber nicht für das Klima, sollten wir genauer hinschauen. Heute müssen jene Länder, die für 38 Prozent des CO₂-Ausstosses verantwortlich sind, die übrigen 62 Prozent finanzieren, die sich zu keinen Massnahmen verpflichtet haben. Das nennt man dann «Klimagerechtigkeit».

Hans Kaufmann

Werden Sie Unternehmer in unserem Netzwerk!



Wir suchen Persönlichkeiten, die sich eine eigene Existenz aufbauen wollen und ihre verkäuferischen und beratenden Fähigkeiten als selbständiger **Managementberater** einsetzen möchten.

Spielen Sie mit in unserer Erfolgsgeschichte! Detaillierte Informationen finden Sie unter www.fee-consult.ch.



FEE-Consult AG
Paul N. Burch
Trottenackerstrasse 4
8102 Oberengstringen
Tel. +41 44 751 80 20
info@fee-consult.ch



Die Nationalbank und das Bargeld

Weil die Nationalbank diejenigen Personen, die sich für ihre Zahlungsmittelumfrage 2022 zur Verfügung gestellt haben, nebst einem Barbetrag mit Schnipseln von aus dem Verkehr gezogenen Banknoten beschenkt hat, wurde der Verdacht laut, das Geschenk dokumentiere gleichsam eine Art Vorhaben der Nationalbank, dem Bargeld allmählich den Rücken zu kehren (vgl. Schweizerzeit-Ausgabe 21/2022). Die Schweizerzeit hat die Nationalbank darauf zu ihrer Haltung zum Bargeld befragt – und auf die gestellten Fragen schriftlich und telefonisch ausführliche Antworten erhalten.

Schwerpunkte aus diesen Antworten seien hier den Schweizerzeit-Lesern präsentiert.

Zur Zahlungsmittelumfrage 2022

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat gemäss Nationalbankgesetz das Mandat, die Geld- und Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes zu führen. Sie gewährleistet die Preisstabilität und trägt dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung. In diesem Rahmen obliegt ihr u. a. die Aufgabe, die Bargeldversorgung der Schweiz zu gewährleisten. Zugleich hat die SNB den Auftrag, das Funktionieren bargeldloser Zahlungssysteme zu erleichtern und zu sichern. Mit der Erfüllung dieser gleichrangigen Aufgaben schafft die SNB wesentliche Voraussetzungen dafür, dass in der Schweiz effizient gezahlt werden kann und dass Haushalte und Unternehmen im Einzelfall das jeweils bevorzugte Zahlungsmittel wählen können. Bargeld spielt für die SNB in diesem Zusammenhang weiterhin eine wichtige Rolle. Die SNB hat kein Interesse, Bargeld abzuschaffen. Im

Gegenteil, die Gewährleistung der Bargeldversorgung bleibt für die SNB eine zentrale Aufgabe.

Die Umfragen zur Zahlungsmittelnutzung sind für die SNB ein wichtiges Hilfsmittel, um die Aufgaben im Bereich der Bargeldversorgung und des bargeldlosen Zahlungsverkehrs im Interesse der Schweizer Bevölkerung auch in Zukunft optimal wahrnehmen zu können. Die Umfrage liefert repräsentative Informationen über die Nutzung unterschiedlicher Zahlungsmittel durch die Schweizer Bevölkerung und erlaubt, Veränderungen über die Zeit zu erkennen.

(Schreiben der Nationalbank vom 16. Dezember 2022, unterzeichnet von Susanne Mühlemann, Direktorin, Leiterin Kommunikation, und Beat Grossenbacher, Direktor, Leiter Bereich Bargeld)

Bargeld ist beliebt

Bargeld ist beliebt. Das zeigt sich nebst dem Interesse an den Noten vor allem an deren Nutzung. Gemäss unserer letzten Zahlungsmittelumfrage werden etwas weniger als die Hälfte der alltäglichen Zahlungen in bar getätigt. Damit ist Bargeld bis anhin das am häufigsten eingesetzte Zahlungsmittel.

Für die Beliebtheit von Bargeld als Zahlungsmittel gibt es gute Gründe. Denn gegenüber bargeldlosen Zahlungsmitteln, wie Debitkarten oder Bezahl-Apps, bietet Bargeld trotz einigen Nachteilen wichtige Vorteile. Ich möchte hier drei Aspekte hervorheben:

Erstens erlaubt Bargeld einen einfachen und verständlichen Umgang mit Geld. Mit Münzen und Noten hat man seine Ausgaben sprichwörtlich «im Griff». Man sieht beim Zücken des Portemonnaies direkt, ob weitere Ausgaben im Budget liegen. Nicht umsonst geben Eltern ihren Kindern oft das Taschengeld in bar. Beim Hinhalten einer Plastikkarte an das Zahlterminal sieht man hingegen nur, was einem in einiger Zeit vom Konto abgebucht wird.

Zweitens ermöglicht das Bargeld dank seiner einfachen Verwendung allen die Teilnahme am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Das Bezahlen mit Münzen und Banknoten erfordert weder Konto noch Mobiltelefon, noch digitale Affinität.

Drittens bedingt Bargeld keine Weitergabe von persönlichen Daten. Bei einer Zahlung mit Banknoten sind Angaben wie Name oder Kartenummer nicht nötig. Bei elektronischen Zahlungen werden hingegen



von vielen Akteuren Informationen über die Zahlenden und das Zahlungsverhalten erfasst.

Darüber hinaus bietet die Verwendung von Bargeld als Zahlungsmittel weitere wichtige Vorteile für die Bevölkerung. Es benötigt nur wenige technische Voraussetzungen am Verkaufspunkt. Dadurch ist es besonders krisenfest. Mit Banknoten kann auch dann bezahlt werden, wenn das Kartenterminal ausfällt, das Mobiltelefon keinen Empfang hat oder der Strom fehlt. Bargeld bietet damit ein wichtiges «Backup», wenn es zu lokalen oder gar flächendeckenden Störungen bei Zahlungen mit Karten oder Apps kommt. Zudem bietet Bargeld Geschäften und Konsumierenden eine im Einzelfall kostengünstige Alternative zu bargeldlosen Zahlungsmitteln. Damit trägt es zum Wettbewerb bei und hilft, dass die Gebühren nicht in den Himmel wachsen.

Bargeld bietet also eine Kombination von Eigenschaften, die andere Zahlungsmittel nicht aufweisen, und es schafft nach wie vor einen grossen Mehrwert. Damit das so ist, müssen die Nutzerinnen und Nutzer Bargeld aber auch einfach beziehen können, und es muss beim Einkaufen auch breit akzeptiert werden. Zugang und Akzeptanz erscheinen dabei oft als selbstverständlich. Tatsächlich steckt aber einiges dahinter.

(Auszug aus einem Vortrag von Martin Schlegel, Vizepräsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, gehalten am 29. November 2022 in Vaduz, Manuskript von der SNB der Schweizerzeit zur Verfügung gestellt.)

«Das aktuelle Zitat»

«Je sicherer sich Menschen fühlen, desto toleranter können sie sein. Eine humane Asyl- und Migrationspolitik kann folglich nur dann auf gesellschaftliche Akzeptanz stossen, wenn sie dem Prinzip folgt, dass weder Straftaten noch Straftäter geduldet werden. Die Bundesregierung unterstützt die Palästinenser mit dreistelligen Millionenbeträgen (Anm. der Red. – Auch die Schweiz beteiligt sich mit zweistelligen Millionenbeträgen). Das liesse sich zweifellos als Hebel einsetzen, um zu verhindern, dass Leute wie Ibrahim A.* nicht auch künftig die Toleranz der Deutschen auf die Probe stellen. Wer Humanität will, darf sich vor Härte nicht drücken!»

Malte Lehming, leitender Redakteur im «Tagesspiegel», am 27.1.2023

** Der staatenlose Palästinenser hat Ende Januar in einem Regionalzug in Brokstedt, Schleswig-Holstein, mehrere Zuginsassen mit einem Messer angegriffen; zwei Opfer starben, fünf wurden schwer verletzt.*

Zum gleichen Thema: «Die Reaktion von Frau Innenministerin Faeser auf die Messer-Tat in Brokstedt kommt mir so vor, als würde sich ein Bordell-Besitzer auf St. Pauli darüber aufregen, dass in seinem Haus Unzucht praktiziert wird.»

Henryk M. Broder, Publizist, bei «Welt TV» am 27.1.2023

Bargeld bleibt

(Handnotizen zu einem Telefongespräch mit Frau Susanne Mühlemann, Direktorin Kommunikation, festgehalten von Ulrich Schlüer)

Die Nationalbank hält am Bargeld fest, wie das ihrem gesetzlichen Auftrag entspricht. Eine Änderung des Standpunkts zu Bargeld hat nicht stattgefunden und wird nicht stattfinden.

Zahlungsmittel-Umfragen nehmen sämtliche Zentralbanken der westlichen Welt regelmässig vor. Die Nationalbank führt sie seit einigen Jahren durch. Es geht dabei darum, aus dem Publikum Auskunft zu erhalten, was für Bedürfnisse bezüglich Zahlungsverkehr bestehen. Die Zahlungsmittel-Umfrage hat zum Beispiel ergeben, dass Noten mit hohem Nennwert (Fr. 200.–, Fr. 1'000.–) im Publikum auf grosse Zustimmung stossen. Offenbar werden solche Noten von Vielen genutzt zur Aufbewahrung von Bargeld.

Frau Susanne Mühlemann betont ausserdem, dass die Schweizerische Nationalbank auch gegenüber der EU einen betont unabhängigen Kurs einschläge. Bezüglich der Zulassung von Bargeld hat die Schweizerische Nationalbank andere Vorstellungen als in der EU dominieren. Auf entsprechende Frage antwortet Frau Mühlemann, dass selbstverständlich Druckversuche seitens der EU auf die Schweiz stattfinden könnten mit dem Ziel, dass auch in der Schweiz die Bargeldnutzung eingeschränkt oder allenfalls auch unterbunden werden sollte. Frau Mühlemann äussert sich aber als überzeugt, dass sowohl die Schweizerische Nationalbank als auch die Schweiz als Land diesem Druck standhalten werden aufgrund der guten Gesetze, die in der Schweiz für den Geldverkehr in Kraft sind.

Nachbemerkung: Aufgrund neuester Medien-Informationen hat in der Schweiz das Bargeld als häufigstes Zahlungsmittel die Zahlungen per Kreditkarte wieder abgelöst. Lediglich während der Corona-Zeit sei zeitweise häufiger per Kreditkarte als mit Bargeld bezahlt worden.

us



«Schweizerzeit»-Special
Fr. 1790.00

**A3-Farbkopierer, -Scanner,
-Drucker und -Telefax**

inkl. Original-Einzug
2 Kassetten, Stapel-Einzug
Unterschrank, TOP-Qualität
dank 1200 dpi, Duplex,
Netzwerk, USB 2.0
automat. Hefter, Air-Print
Super Touch-Display, farbig
3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCoTex AG – 041 799 50 00

Die Schweiz als zweites Schweden?

Vom Paradies zur Hölle

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Jede noch so paradiesische Insel in einem türkisfarbenen Ozean verwandelt sich in eine Hölle: Man muss nur genügend Leute auf der Insel aussetzen. Dasselbe geschieht mit Biotopen, welche von einer Invasion artfremder Elemente heimgesucht werden. Das Ökosystem kippt plötzlich um und nimmt irreversiblen Schaden.



Einen solchen knallharten Prozess erleben wir gerade in der Schweiz. Wir steuern direkt auf die Zerstörung unserer vormals paradiesischen Insel zu. Was vor einigen Jahren unmöglich war, steht nun täglich in der Zeitung. Frauen werden an Bahnhöfen vergewaltigt oder spitalreif geschlagen, Menschen auf

Parkplätzen wegen undurchsichtigen Fehden umgebracht, Bancomaten werden gesprengt, Einbrecher machen Quartiere unsicher, Fünfzigjährige landen auf der Strasse.

Das «Ökosystems Schweiz» ist auf breiter Front am Kippen. Die Folgen sind spürbar für alle Bewohner unseres Landes: Kriminalität, Wohnungsnot, Dichtestress,

Verschandelung der Landschaft, Defizite im Bildungswesen, Energieknappheit und verdeckte Armut.

Zangenbewegung

Die Schweiz wird seit Jahren in einer fast militärisch anmutenden Zangenbewegung eingenommen. Das Debakel hat man sich selbst eingebrockt. Einerseits mit der Ratifizierung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU und andererseits mit dem Schengen-Abkommen. Beide Abkommen zusammen verunmöglichen es der Schweiz, die Migrationsströme zu kontrollieren und einzudämmen.

Was bleibt und was sich verändert

Die tektonischen Platten der Erde haben sich nicht nur in der Türkei im geologischen Sinn verschoben. Die ganze Welt steht im Umbruch, ein Umbruch, der nichts Gutes ahnen lässt. Geopolitisch formiert sich eine Allianz der Herausforderer der nordamerikanischen Hegemonie – mit China, Russland und dem Iran als militärische Speerspitze und einer ganzen Reihe weiterer Staaten als stille Trittbrettfahrer. Auch dieser Prozess wird weitere grössere Migrationsströme verursachen. Was hier viele Politiker nicht verstehen wollen: Migration wird als politische Waffe eingesetzt. Wehe, man ergreift für eine Seite Partei! Darum ist die Preisgabe unserer Neutralität im Hinblick auf die kommenden Konflikte keine gute Entscheidung.

Demographie und Einkommensverteilung

Eine Frau aus der afrikanischen Subsahara gebärt heutzutage bis zu sieben Kinder. Im Jahr 2050 wird Nigeria mehr Einwohner haben als die EU insgesamt. Heute sind es bereits 213 Millionen. Sowohl die politischen als auch die gesellschaftlichen Strukturen in Afrika sind derart kaputt, dass die Auswanderung in den Köpfen der Jugend die einzige Alternative ist, um dem Elend zu entgehen. Doch wer verursacht dieses Elend?

Neulich war ich geschäftlich in Marokko. Kaum hatten wir mit den marokkanischen Ingenieuren den Mittagstisch verlassen, fiel ein Schwarm Strassenkinder über den Tisch her und sammelte sämtliche Essensreste ein. Das ist die Realität vor Ort, obwohl militärisch begründete Projekte in Milliardenhöhe am Laufen sind. Die Mächtigen in Afrika und Zentralasien scheren sich keinen Deut um ihre Bevölkerung. Der König von Marokko zum Beispiel ist der fünftreichste Herrscher der Welt, er besitzt siebzehn Paläste, zwei davon in Frankreich, drei grosse Privatflugzeuge, eine

AKTON

Architektur +
Baumanagement



akton.ch

info@akton.ch | 062 758 22 88
Pfaffnau

GESUCHT

BauzeichnerIn, ArchitektIn, BauleiterIn

Sammlung von 600 Luxusautos, und 5,7 Milliarden Euro liegen auf seinem Konto.

Die grösste Bank im Land, die grösste Versicherung und die grösste Warenhauskette gehören ihm, ebenso ein Grossteil der Energieversorgung und des Phosphat-Abbaus. Feudalismus im grossen Stil. Allein für seine Modevorstellungen lässt er sich vom marokkanischen Staat jährlich vier Millionen Euro überweisen. Er wird ständig von 200 Dienern, einer Fregatte der marokkanischen Marine sowie von einem mobilen Krankenhaus samt Personal begleitet. Der zweitreichste Mann im Königreich ist übrigens sein Premierminister. Da bleibt nicht mehr viel übrig für die Untertanen, denn die Clans der Macht müssen zufriedengestellt sein.

Auswandern ist der Traum, egal wie

Im benachbarten Algerien sieht es nicht viel besser aus. Zwanzig Prozent der 45 Millionen Einwohner sind bitterarm. Die Milliarden-Einnahmen aus dem Verkauf von Gas und Erdöl heimst eine Clique von im Hintergrund operierenden hohen Militärs ein, welche ihrerseits eine dünne Politikerschicht alimentieren. Die korrupte Militär- und Politikerkaste ist selten jünger als 70-jährig. Erstaunlich für ein Land, in dem vierzig Prozent der Bevölkerung unter 25 Jahre alt sind. Auch nach dem «Arabischen Frühling» hat sich nichts verändert, nur die Gefängnisse wurden erweitert. Deshalb wollen die meisten jungen Algerier weg. Lieber im Mittelmeer ertrinken als weiterhin ohne Perspektiven dort bleiben, lautet die Devise.

Der Lockruf: Medien und Internet

Gemäss Uno kommen jährlich zwei Millionen Migranten nach Europa, und zwar illegal. Viele davon sind Wirtschaftsflüchtlinge, wobei in den europäischen Medien eine Verwischung des Begriffs «Flüchtling» stattgefunden hat: Es wurde kaum mehr unterschieden zwischen Wirtschafts- und Kriegsflüchtlingen sowie Flüchtlingen aufgrund politischer Verfolgung. Eine Art «Weisswaschen» oder Legitimation der illegalen Migration war die Folge.

Ein weiteres Phänomen war die Transnationalität der Migranten. Das Internet und die sozialen Medien erlauben es heutzutage, die Verbindung zwischen den Migranten in Europa und dem Ursprungsland aufrecht zu erhalten. Eine Trennung infolge Migration wird nicht mehr als eine Zäsur im Leben empfunden. Deshalb trägt bekanntlich jeder Migrant ein teures Handygerät der neuesten Generation auf sich – aber keinen Reisepass. Dabei wird auch in der Kommunikation übertrieben: «Schau mal, ich lebe hier vollkommen gratis, und es hat so viele blonde Frauen, die auf mich warten!»

Das Modell Schweden ist gescheitert

Wohin eine ungehinderte, ja sogar staatlich geförderte Masseneinwanderung führen kann, erkennt man unschwer am Modell Schweden. Das mustergültige, friedliche Land mit hoher Lebensqualität wurde zu

einer Vorortshölle mit Bombenanschlägen, Morden und einer der höchsten Vergewaltigungsraten weltweit. Das Modell Schweden ist gescheitert, und zwar irreversibel – denn die nun eingebürgerten Migranten lassen sich nicht mehr aus dem (ehemaligen) Paradies vertreiben. Wollen wir in der Schweiz die Ghettobildung Schwedens kopieren? Nein? Wir sind aber auf dem besten Weg dazu.

Was ist zu tun?

Sollten wir und Europa einer weiteren grossen Migrationswelle ausgesetzt werden, wird die EU höchstwahrscheinlich auseinanderfallen. Denn jeder versucht, dem anderen die heisse Kartoffel zuzuschieben. Italien erlaubt keine Rückführungen mehr, die Schweiz winkt die Migranten nach Deutschland durch, die Spanier bezahlen Busfahrten nach Frankreich, und Grossbritannien hat das Weite gesucht: Der Brexit war das Resultat des EU-Migrationszwangs gegenüber Grossbritannien.

Solange die grossen EU-Staaten nicht politisch in Afrika intervenieren und für mehr Demokratie und Umverteilung sorgen, d.h. die dortigen Potentaten stürzen oder zur Mässigung anhalten, wird der Migrationsdruck anhalten. Dasselbe gilt für die Problemländer im Mittleren Osten und in Zentralasien.

Grossbritannien hat ein Abkommen mit Ruanda abgeschlossen, um Migranten und Flüchtlinge dort unterzubringen, bis ihr definitiver Status abgeklärt ist. Ein solches Abkommen wäre für die Schweiz bestimmt auch machbar. Es fehlt in Bern einfach am politischen Willen und der Durchsetzungsfähigkeit. Ebenso müsste das Schengener Abkommen für eine längere Periode sistiert werden aufgrund der schieren Untragbarkeit der Asylsituation und der dramatischen Zunahme der über 100'000 Asylanträge im Jahr 2022.

Es liegt schlussendlich an jedem Stimmbürger, dass er seinen unbedingten Willen zur Eindämmung der Migrationsflut an der Urne zum Ausdruck bringt: Indem er dafür sorgt, dass Politiker und Parteien gewählt werden, welche sich ohne Wenn und Aber für die Lösung des Migrationsproblems einsetzen.

Isabel Villalon

Pensionierter Mann sucht naturverbundene Partnerin zwischen 60 bis 72

Wenden Sie sich bitte schriftlich an:
«Schweizerzeit» Verlags AG,
Chiffre 1, Postfach 54, 8416 Flaach

Staatliche Entwicklungshilfe braucht neue Ansätze

Weniger wäre mehr

von Ruedi Horber, Polit- und Wirtschaftsberater, Niederscherli BE

Die staatliche Entwicklungshilfe ist ein Fass ohne Boden und zeigt wenig Wirkung, manchmal ist sie sogar schädlich. Deshalb braucht es neue Ansätze.



Die viel gelobte und gut gemeinte staatliche Entwicklungshilfe muss hinterfragt werden: Die Hilfsgelder versickern oft im Sand. In vielen Fällen schadet der Geldregen mehr als er nützt. Länder wie Haiti und manche afrikanischen Staaten, die mit ausländischen Hilfsgeldern geradezu überschwemmt werden, stehen heute viel schlechter da als Länder, die praktisch auf sich allein gestellt waren wie Malaysia oder Chile.

Hauptschuld an der Misere und Armut in zahlreichen Staaten tragen nicht der «reiche Norden» und der «unfaire Welthandel», sondern die korrupten Regierungen in vielen Entwicklungsländern. Sie führen Kriege, unterdrücken ihre Bevölkerung und richten ihre Länder trotz oft vorhandenen natürlichen Reichtümern zugrunde. Paradebeispiele sind Syrien, der Irak, Venezuela, Nicaragua, Zimbabwe oder Äquatorialguinea.

Neue Ansätze statt kosmetischer Korrekturen

Aufgrund dieser negativen Erfolgsbilanz ist es klar: So kann es nicht weitergehen, es braucht neue und effizientere Ansätze, mehr als bloss kosmetische Korrekturen. Vor allem Geldbeiträge und Budgethilfen an arme Länder sind äusserst fragwürdig. Sie führen zu einer unwürdigen Abhängigkeit der Nehmerstaaten, fördern die Korruption und erfordern einen unverhältnismässig hohen Kontrollaufwand seitens der Geberländer. Eine deutliche Kürzung der multilateralen und bilateralen Entwicklungshilfe, wie es vor einigen Monaten ein SVP-Vorstoss gefordert hat (Motion Nr. 22.3958, 21.9.2022, Begrenzung der Entwicklungshilfe auf zwei Milliarden Franken jährlich), wäre das Minimum und hätte auch einen Personalabbau in der aufgeblähten Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zur Folge.

Vier konkrete Massnahmen

Die folgenden Ansätze wären wirkungsvoller als die traditionelle staatliche Entwicklungshilfe und würden einen echten Beitrag zu einer gerechteren und besseren Welt leisten.

- Mehr humanitäre Hilfe: Die Schweiz hat eine Vorreiterrolle und viel Know-how in der humanitären Hilfe. Unser Katastrophen-Hilfskorps ist im internationalen

Vergleich Spitze, ja Weltklasse. Deshalb könnte hier noch mehr gemacht werden, zumal als Folge des Klimawandels, von Corona und der vielen bewaffneten Konflikte und Bürgerkriege die Not in den armen Ländern in Zukunft leider noch zunehmen dürfte. Mit der Hilfe vor Ort, besonders für Flüchtlinge, sollte sich die Schweiz grosszügig und solidarisch zeigen; sie könnte damit auch einen Beitrag zur Eindämmung der Migrationsströme leisten. Ein Teil der eingesparten Mittel sollte für eine verbesserte, zielgerichtete Armutsbekämpfung in der Schweiz eingesetzt werden nach dem Motto: Mehr Solidarität nach innen. Der Rest könnte für eine Reduktion der Steuern für den Mittelstand und/oder für die Sanierung der Sozialwerke verwendet werden.

- Abbau der Handelsschranken: «Trade not Aid». Dieses altbewährte Rezept hat nichts von seiner Gültigkeit verloren. Es ist äusserst fragwürdig und kontraproduktiv, die Entwicklungsländer finanziell zu unterstützen und dann, wenn sie dank unserer Hilfe wettbewerbsfähiger geworden sind, ihre Exporte mit tarifarischen und nichttarifarischen Handelsschranken zu erschweren oder sogar zu verhindern, wie dies vor allem bei Agrarprodukten der Fall ist. Deshalb sollten sämtliche Handelsschranken im Warenverkehr mit diesen Ländern ohne Wenn und Aber abgeschafft werden.
- Keine Waffenexporte in den Süden: Die Anzahl der bewaffneten Konflikte in den Entwicklungsländern ist nach wie vor sehr hoch. Dies ist einer der Hauptgründe für Armut und Unterentwicklung. Deshalb sollte sich die internationale Staatengemeinschaft darauf einigen, keine Waffen und Kriegsgüter mehr in Drittstaaten und Länder zu liefern, die Angriffs- und Bürgerkriege führen. Die Schweiz könnte hier eine Vorreiterrolle übernehmen und mit dem guten Beispiel vorangehen.
- Verknüpfung mit der Asylpolitik: Wenn überhaupt noch öffentliche Entwicklungshilfe geleistet wird, sollte sie an klare Bedingungen geknüpft werden. Schliesslich muss die Verwendung der Steuergelder gegenüber den Bürgern gerechtfertigt werden können. Im Sinne einer Fokussierung sind daher – mit Ausnahme der humanitären Hilfe – nur noch jene Länder zu unterstützen, die mit der Schweiz in der Asylpolitik kooperieren und auch Flüchtlinge zurücknehmen.

Ruedi Horber

Neutralitätsinitiative – dringender denn je



Hätte die Schweiz die Russland-sanktionen der EU nicht übernommen, wäre sie wohl von beiden Konfliktparteien längst als Gastgeberin – wenn nicht für eine Friedenskonferenz, so zumindest für eine Waffenstillstandskonferenz – akzeptiert worden. Weil sich der Bundesrat durch seinen kurz-sichtigen Schnellschuss selbst aus dem Rennen genommen hat, kündigt nun der chinesische Aussenminister – ein Verbündeter der Russen und darum für die Ukrainer kaum neutral – eine «Friedensinitiative» an.

Bundesrat Cassis lamentiert etwas weinerlich, eine Schweizer Vermittlerrolle sei wegen des Russlandboykotts der Schweiz (den er selbst mitgetragen hat), leider nicht möglich. Noch schwurblicher ist die Argumentationspirouette des St. Galler Mitte-Ständerates Benedikt Würth: Wegen des Russlandboykotts würde die Schweiz nicht mehr als neutral wahrgenommen. Deshalb könne sie jetzt auch Waffen an die Ukraine liefern oder der Weitergabe von Munition zustimmen. Etwa nach dem Motto: Das Geschirr ist bereits zerschlagen, auf ein paar weitere, zerbrochene Teller kommt es nun auch nicht mehr an.

Die Schweiz wird nicht nur als nicht mehr neutral wahrgenommen, sie ist nicht mehr neutral. Trotz allen beschönigenden Geschwurbels ist unzweideutig: Ein Wirtschaftsboykott gegen ein kriegsführendes Land ist eine Kriegshandlung und ein Bruch der Neutralität. Unsere Atlantiker, zuvorderst die NZZ und der Freisinn, argumentieren, eine Nichtübernahme der Sanktionen der EU und der USA hätte zu Sanktionen der Amerikaner gegen Schweizer Unternehmen geführt. Damit haben sie vermutlich recht. Dennoch ist es ein Trugschluss, daraus die Notwendigkeit einer Teilnahme an Sanktionen zu folgern. Um nicht auf amerikanischen Sanktionslisten zu landen, könnten sich Schweizer Unternehmen vom Russlandgeschäft zurückziehen – aus eigener Einschätzung, aber doch nicht auf Befehl des Staates! Das EDA könnte sie bei der Einschätzung von Sanktionsrisiken sogar beraten.

Durch den Russlandboykott ist die Schweiz zu einem weiteren Schosshündchen der Nato und der Atlantiker geworden. Denn sie hat ihre historische Rolle verraten, zwischen erbitterten Feinden im Interesse des Weltfriedens zu vermitteln. Deshalb müssen wir zurück zur bewährten integralen Neutralität. Darum braucht es die Neutralitätsinitiative.

Markus Eckstein, Goldach SG

«Es sagte» ... Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

<<DIE INFLATION KOMMT NICHT ÜBER UNS ALS EIN FLUCH ODER ALS EIN TRAGISCHES GESCHICK; SIE WIRD IMMER DURCH EINE LEICHTFERTIGE ODER SOGAR VERBRECHERISCHE POLITIK HERVORGERUFEN.>>

Diese Antwort stammt von:

- A** dem seinerzeitigen deutschen Wirtschaftsminister und Bundeskanzler des «Wirtschaftswunders», Ludwig Erhard (1897–1977)
 - B** dem Präsidenten der Generaldirektion der Schweizerischen Nationalbank, Thomas Jordan
 - C** der Schweizer Finanzministerin, Bundesrätin Karin Keller-Sutter
 - D** der Chefin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde
- (Zutreffendes bitte ankreuzen)*

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 1. März 2023**, an:

«Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach
E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlier als Gastgeber. Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der «Schweizerzeit» Nr. 5 vom 10. März 2023.

Wertebewusst
Ja zur Schweiz

politagentur.ch

NICHT NUR BERATER
SONDERN UMSETZER

Politagentur.ch GmbH

Werbefachmänner für bürgerliche Projekte, Wahl- und Abstimmungskämpfe, Parteien, Organisationen, Vereine und KMUs. Unkompliziert, fair und auf Augenhöhe.

Unsere Dienstleistungen, immer zu bezahlbaren Preisen:

- Werbekampagnen von A bis Z
- Werbeplanung / Marketing-Mix
- Sammeln von Unterschriften
- Online-Kommunikation
- Social Media-Kampagnen
- Geschäftsführung
- Medienkompetenz
- Texten / Ghostwriting
- Layout / Grafik
- Webdesign



Anian Liebrand
Inhaber und Geschäftsführer
Tel. 079 810 11 91
info@politagentur.ch



David Trachsel
Projektleiter
Tel. 076 567 00 36
trachsel@politagentur.ch

www.politagentur.ch | www.polit-plattform.ch

Die Linken moralisch abgewirtschaftet



Eine Anekdote aus dem Stadtzürcher Polit-Irrenhaus zeigt die verlogene Doppelmoral der Linken auf. Das Wort «Mohr» auf alten, kalten Häuserwänden versetzt die Gutmenschen in Alarmstimmung. Eine Partnerschaft mit einer chinesischen Stadt, in der es Arbeitslager für Muslime und ein kulturelles Genozid gibt, löst jedoch keine

Empörung aus. Zum Häusernamen «Mohr» schreibt die Stadtverwaltung: «Zwei städtische Liegenschaften in der Altstadt tragen Inschriften mit dem Wort «Mohr» (im Folgenden: «M-Wort»). Das Wort hat eine rassistische Wirkung. Ein Baugesuch für die Abdeckung wurde eingereicht. Für eine Ergänzung der historischen Kontextualisierung vergibt die Stadt einen Forschungsauftrag.» Nun gibt es also neu auch das «M-Wort». Zusätzlich wird Steuergeld für einen Forschungsauftrag vernichtet, weil zwei Häuser mit vier Buchstaben beschriftet sind.

Gleichzeitig unterhält die Stadt Zürich eine Städtepartnerschaft mit Kunming in China. Seit Jahren berichten Medien weltweit über die systematische Unterdrückung

Hinter feindlichen Linien

von muslimischen Uiguren, die in chinesische Arbeitslager gesteckt werden – auch in Kunming. «Die Berichte ehemaliger Häftlinge sind schockierend: Die Insassen der «Fortbildungseinrichtungen» erleben Vergewaltigungen und Folterungen. Chinesische Wachleute setzten Tränengas, Taser und mit Nägeln versehene Knüppel ein. Umfang und Brutalität der chinesischen Unterdrückungspolitik lassen es gerechtfertigt erscheinen, hier von einem kulturellen Genozid zu sprechen.»

Die SVP wollte im Gemeinderat die Städtepartnerschaft aufheben und hat mit einer Interpellation den Stadtrat zur Rede gestellt. Doch dieser lobte sogar noch die «grosse Bedeutung» der Stadtpartnerschaft auf Bundesebene. Ihre linke Freundschaft zu Kunming wollte der Stadt- und Gemeinderat nicht aufheben. Auch weil «China insbesondere im Bereich der Bekämpfung des Klimawandels weiterhin eine grosse Bedeutung» habe. Menschenleben werden der Klima-Ideologie untergeordnet. Im Gegensatz zum laufenden kulturellen Genozid und Arbeitslagern mit Vergewaltigungen endet beim Wort «Mohr» jedoch für die Linken die Toleranz.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

Wo leben wir eigentlich?

Der «Saubannerzug» in der Stadt Zürich über das vergangene Wochenende spottet jeder Beschreibung. In meinen Augen werden die aggressiven, gewalttätigen Chaoten immer noch mit Samthandschuhen angefasst. Ich bin wütend und zutiefst frustriert und verstehe die Welt nicht mehr! Die blinde Zerstörungswut in Zürich muss Konsequenzen haben. Es ist dringend nötig, eine härtere Gangart gegenüber diesen brutalen «Staatszerstörern» einzuschlagen. Dazu gehört auch das Verhalten der politisch verantwortlichen grünen Stadträtin Karin Rykart. Denn die unbewilligte Demonstration war bekanntlich angekündigt. Somit hätte man sich auf diese Zerstörer vorbereiten können. Der Staat ist für Ordnung und Sicherheit zuständig.

Wir haben nun mehr oder weniger Verhältnisse wie in der BRD (u.a. Berlin, Köln). So darf es unter keinen Umständen weitergehen. Ist das noch unsere friedliche, lebensfrohe und saubere Schweiz? Unsere Verantwortlichen müssen umdenken! Weshalb lassen sie solchen Vorkommnissen freien Lauf? Muss Zürich vollends zum Schandfleck mutieren? Man fühlt sich als Bürgerin und Bürger in unserem Land nicht mehr sicher. Auf Bahnhöfen, belebten Strassen, in Beizen- und Wohnquartieren herrschen zum Teil chaotische, nicht mehr tolerierbare Verhältnisse. Es ist fünf nach zwölf, unsere Zukunft sieht alles andere als rosig aus. Ich bin besorgt. Wir alle müssen uns gemeinsam einsetzen für eine sicherere, lebenswerte Schweiz, auch für die nachfolgenden Generationen.

Die Entscheidungsträger haben völlig versagt. Statt ihre Verantwortung wahrzunehmen, beschönigen sie die Missstände und schieben den «Schwarzen Peter» hin und her! Die links-grüne Stadt Zürich hat ihren einstigen Glanz verloren, was ich nur als Schande kommentieren kann. Wann wachen gewisse Politikerinnen und Politiker endlich auf? Auch die breite Bevölkerung muss aufgerüttelt und sensibilisiert werden. Meine Partei, die SVP, ist einmal mehr gefordert. Also nehmen wir den Kampf auf. Genug ist genug! Mein Hilferuf richtet sich an die bürgerliche, standfeste Bevölkerung. Retten wir die Schweiz, bevor es zu spät ist – Gott segne unser Land!

Kurt Streil, alt Stadtrat, Diessenhofen TG



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Klima-Aktivisten oder -Terroristen?

Auf dem Weg zur Radikalisierung

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Wer die Bewegung der Klima-Aktivisten und Strassenkleber aus Distanz betrachtet und dann mit den Entwicklungen vergleicht, welche Ende der 60er Jahren zur Gründung der Roten Armee Fraktion (RAF) geführt haben, stellt erstaunliche Parallelen fest.



Die RAF entstand ebenfalls nicht von heute auf morgen. Zehn Jahre zuvor, während den Studentenunruhen Anfang 1960, gründeten linke Studenten in Deutschland die Auserparlamentarische Opposition (APO), ein unstrukturiertes Konglomerat mit dem Ziel der Auflehnung gegen das politische Establishment. Die Proteste hielten sich im überschaubaren Rahmen und gipfelten zum Beispiel in der Aktion

einer radikalen Aktivistin, welche am CDU-Parteitag dem damaligen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger eine Ohrfeige verpasste und ihn einen Nazi schimpfte. Ansonsten hatte die APO marginalen Einfluss auf die deutsche Politik. Dies führte zu inneren Auseinandersetzungen und folgerichtig zu Abspaltungen.

Verschiedene Wege

Ein Teil der Sympathisanten verliess die Protestbewegung, wendete sich einer bürgerlichen Lebensweise zu, ging arbeiten und gründete Familien. Eine weitere Gruppe entschied sich für den sogenannten Marsch durch die Instanzen; diese Leute sind heute vorwiegend in der links-grünen Politik anzutreffen, wenn sie sich in der Zwischenzeit nicht in den Ruhestand verabschiedet haben. Einige ehemalige APO-Mitglieder gründeten Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre militante Gruppierungen, welche sich nach dem Prinzip der Stadt-Guerilla organisierten. Eine dieser Gruppierungen war die Rote Armee Fraktion RAF, welche mit der Ermordung von nahezu 35 Menschen traurige Berühmtheit erlangte. Interessanterweise stammten einige RAF-Mitglieder aus gut betuchten bürgerlichen Familien.

Analagien

Beim Betrachten der heutigen Klima-Aktivisten sind gewisse Analogien unübersehbar. Wie damals die Aktivistinnen der APO, können auch die heutigen Klima-Aktivistinnen wenig bis gar nichts ausrichten, und gerade die führenden Köpfe stammen teils aus reichem Hause. Wer sich auf die Strasse klebt oder freitags die Schule schwänzt, beeinflusst mit seinen Aktionen weder das Klima noch lässt sich dadurch das Gros der Politiker erpressen.

Diese in den Augen der «Klimaretter» ignorante Politik wird mit hoher Wahrscheinlichkeit gewisse Aktivistinnen zu gefährlichen Steigerungen animieren, zumal durch das Blockieren von Hauptverkehrsachsen und

Autobahnzubringern die Akzeptanz der Bevölkerung mehr und mehr schwindet. Da braucht es nicht einmal solche Dummheiten wie jene der beiden Strassenkleber der Gruppierung «Letzte Generation», die eine Gerichtsverhandlung schwänzten, weil sie sich in die Ferien nach Fernost per Langstreckenflug verabschiedet hatten.

Gewaltfrei oder Terror?

Wenn die Klima-Aktivisten dauernd von «gewaltfreien Aktionen» sprechen, entspricht dies nicht der Wahrheit. Gerade in Lützerath, wo gegen den Abbau von Braunkohle demonstriert wurde, hat sich die hohe Gewaltbereitschaft der Teilnehmer auf eindrückliche Weise gezeigt. Schliesslich forderte eine Sprecherin der «Letzten Generation» in der TV-Sendung «Hart aber fair» die Schaffung eines Bürgerrats. Dies wären allerdings die ersten Schritte zur Aushebelung der Demokratie.

Gewiss wird der grösste Teil der Klimaaktivisten weiterhin friedlich demonstrieren oder sich irgendwann von dieser Protestbewegung sang- und klanglos verabschieden, weil das Leben noch andere Prioritäten kennt. Es besteht jedoch die reale Gefahr, dass sich ein kleiner Teil radikalisiert wird. «Klimaterrorist», das deutsche Unwort des Jahres, könnte schneller als erwartet Realität werden.

Markus Melzl

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.

Preis bis Ende 2023: Fr. 80.–

Name / Vorname:

Strasse / Nr.:

PLZ / Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch



Vielfältige *SCHWEIZERZEIT-* Leserschaft



hf. Das politische Geschehen in der Region Bern und darüber hinaus ist ohne Thomas Fuchs fast nicht vorstellbar. Auch in andern Bereichen – Beruf, Militär, Kultur, Publizistik etc. – hat der 56-Jährige markante Spuren hinterlassen. Der Politiker Fuchs nennt die Dinge beim Namen, kann «austeilen», aber auch würdevoll «einstecken», er liebt es, die Linke und ihre Mitläufer bis zur Schmerzgrenze zu provozieren, er kämpft für eine starke Armee, aber auch für Babyklappen, und er versteht es auch, nach «geschlagener Schlacht» gute Kompromisse einzugehen.

Thomas Fuchs



Am 18. Juni 1966 an der Effingerstrasse in Bern geboren, ist Thomas Fuchs seiner Heimatstadt bis heute treu geblieben. Seine Eltern führten ein Elektrounternehmen, in das sein sechs Jahre jüngerer Bruder Markus Fuchs – heute als Elektriker und Generalunternehmer tätig – eingestiegen ist.

Steil bergauf

Beruflich führt der Weg von Thomas Fuchs, der seit 30 Jahren in der Finanzbranche tätig ist, steil bergauf: Nach der Lehre bei der Hypothekarkasse des Kantons Bern erwirbt er den eidg. Fachausweis als diplomierter Immobilienverwalter. Zwischenzeitlich absolviert er ein Stage bei der Privatbank Brown Brothers Harriman an der Wall Street in New York. Danach ist er für die Berner Kantonalbank und die Schweizerische Volksbank als Kreditspezialist tätig. Und nach dem Studium als dipl. Betriebswirtschaftler HF ist er heute Direktionsmitglied einer Schweizer Grossbank.

Auch militärisch macht er grosse Schritte: Nach der RS bei den Sanitätstruppen in Moudon VD macht er

weiter und wird schliesslich Oberst und Kursleiter mit Spezialgebiet Kriegsvölkerrecht (*gerne würde er Putin diesbezüglich eine Lektion erteilen*). Momentan leistet er jährlich noch Dienst in Spiez.

O-Ton von Oberst Fuchs: «Jedes Land hat eine Armee, entweder die eigene oder eine fremde. Am unangenehmsten war ein Krampf, den ich bei einem Radmarsch im Kanton Schwyz in beiden Beinen gleichzeitig hatte – dabei konnte ich nur noch wählen, ob ich nach links oder rechts umfallen wollte. Das Militär ist m.E. auch eine Schule des Lebens; und man lernt mit Leuten zusammenzuleben, die man sich freiwillig nie aussuchen würde. Nach Jahren sind dies dann oft die besten und zuverlässigsten Freunde.»

Voll «aufgegangen» ist Thomas Fuchs auch in der Politik, wo er seit über 25 Jahren als Parlamentarier auf allen Stufen tätig ist – so als Stadtrat (Stadtparlamentarier) und Grossrat (Kantonsrat) seit 1995 bzw. 2002 mit Unterbrüchen bis heute. 2011 wird er Nationalrat. Weil die Berner SVP ihren Ständeratssitz «dank» der Nichtunterstützung durch die FDP wieder verliert, aber nur für eine kurze Zeit.

Weitere Funktionen waren oder sind: Präsident der SVP Stadt Bern und der SVP Bümpliz, Geschäftsführer des Bundes der Steuerzahler (BDS) Schweiz. Ebenso ist Thomas Fuchs seit über 25 Jahren in diversen sozialen Institutionen ehrenamtlich tätig (Samariter, Samariterfahrtdienst, Verband der Krankenmobiliemagazine). Zudem ist er Präsident der Philanthropischen Gesellschaft (UNION) Bern, der Schweizerischen Vereinigung Pro Libertate und des parteiunabhängigen Informationskomitees PIKOM (in Aarau) und erfolgreicher Initiant zur Senkung der Gemeinderatslöhne («200'000 Franken sind genug!»). Schliesslich ist der Unermüdliche auch noch Herausgeber und Chefredaktor der Zeitungen DIE IDEE und BernAktuell.

Zu diesem enormen Pensum befragt, meint Fuchs: «Ich bin gut gefahren mit einigen Grundsätzen, die ich konsequent befolge: Ich bin immer respektvoll mit dem Gegenüber und nehme mich selbst nicht zu wichtig. Wem es gut geht, der soll auch etwas davon weitergeben, denn niemand kann am letzten Tag etwas mitnehmen. Ich spende daher seit vielen Jahren bis zu zwanzig Prozent meines Einkommens



für Projekte, Organisationen und Einzelpersonen. Und ich stelle immer die Freiheit der Bürger in den Mittelpunkt! Selbst meine politischen Gegner attestieren mir, dass ich gut zuhören kann, immer fair bleibe und auch mal Kritik einstecken kann.»

Ein Urgestein

Thomas Fuchs kann sehr hartnäckig sein, viele würden ihn wohl als «Urgestein» bezeichnen. Diese Hartnäckigkeit und seine rasche Auffassungsgabe zahlen sich oft aus – beispielsweise mit erfolgreichen Wahlen, Initiativen und Referenden. Immer wieder ist er bereit, an vorderster Front gegen die links-grünen Ideologen anzutreten. Auch hat er ein gutes Gespür, junge Nachwuchskräfte aufzubauen und zu fördern. Er weiss, wo die Bürger der Schuh drückt. So war er u.a. erfolgreich beim Erhalt des Berner Wappens, bei der Rettung des Friedhofs Bümpliz oder bei der Einführung einer Babyklappe im Lindenhofspital Bern. Bei Tramprojekten konnten mit Referenden Millionen von Franken eingespart werden. Auch bei den Initiativen für das Minarettverbot und die lebenslange Verwahrung von Sexualstraftätern war Fuchs aktiv.

Schweizerzeit
*Wirksame Medizin
 gegen Medieneintopf*

Lustiges und weniger Lustiges

«Ich habe seinerzeit am Rednerpult im Nationalratssaal ein Wahlfoto mit einem echten Fuchs gemacht. Man wollte mir das verbieten, im Reglement steht aber nur, dass man keine Hunde und Katzen ins Bundeshaus mitnehmen darf, von Füchsen steht nichts.»

«Spektakuläre Auftritte hatte ich am Life-Ball in Wien und in TV-Sendungen im ARD und ZDF sowie als Gast bei Giacobbo/Müller und andern Sendungen des Schweizer Fernsehens. Einmal war ich im Anzug eines Bundesweibels im Ausland, was hierzulande fast zu einer Staatskrise führte. Man wollte unbedingt herausfinden, wer mir diese ausgeliehen hatte – natürlich erfolglos.»

«Weniger lustig finde ich es, wenn mir linke Velofahrerinnen und Velofahrer an der Ampel an die Autoscheibe spucken. Einmal spuckte mich einer vom Velo aus an, als ich vor dem Berner Rathaus stand, er traf aber einen neben mir stehenden Mitte-Politiker.»

«Ich habe vor einigen Jahren einen BMW gekauft, welcher zuvor bei der Stadtpolizei Bülach im Einsatz war. Die Beschriftung «Polizei» wurde entfernt, aber die Leuchtstreifen liess ich drauf. Es war die schönste Zeit als Autofahrer, niemand rannte vor mir über den Fussgängerstreifen, man gewährte mir überall Vortritt, auf der Autobahn überholte mich niemand, und ich fand überall Parkplätze.»

«Einmal war ich zu einer Hochzeit eingeladen, es hatte fast 200 Gäste. Alle begrüßten mich und schienen sich zu freuen, dass ich auch dabei war. Als das Brautpaar kam, bemerkte ich, dass ich an der falschen Hochzeit war. Das richtige Brautpaar war etwa einen Kilometer entfernt auf einem andern Bauernhof und wartete dort auf mein Eintreffen.»

*

Schliesslich hat der Vielbeschäftigte (fuchs@fuchs.tv) auch noch Hobbies: Pilze sammeln, Reisen, etwas mit Freunden unternehmen oder in seinem schönen Garten ganz einfach «runterfahren», im Whirlpool entspannen und die «Schweizerzeit» lesen.

Hans Fehr

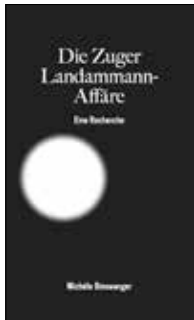
Churz & Bündig

Hurra, die Bürokraten vermehren sich weiter! Sie haben, verlautet aus der Bundesbürokratie, in LGBTI ein neues Betätigungs-Eldorado gefunden, in welchem künftig das Gleichstellungsbüro ausgiebigst baden darf. Nur schon, um der Bevölkerung – höchst kompliziert – zu erklären, was LGBTI eigentlich ist, braucht es sicher zwanzig zusätzliche Stellen. Zum Start wurden vorerst zwar nur zwei Stellen bewilligt. Diese werden sich schon nach wenigen Wochen als «hoffnungslos überfordert» erklären – worauf die Auswucherung zum Selbstläufer wird ...

us

Büchertisch

BESTSELLER



Die Zuger Landammann-Affäre

Eine Recherche

Michèle Binswanger

Dieses Buch hat eingeschlagen wie 2014 die darin beschriebene Affäre. Eine Art Krimi zu einer mit aller Verbissenheit geführten Polit-Auseinandersetzung. Wir empfehlen dieses Buch besonders auch deshalb, weil es von den grossen Buchhandlungen boykottiert wird – offensichtlich aus Angst vor Jolanda Spiess-Hegglin.

Eigenverlag, 2023, 219 S., brosch., (Richtpreis Fr. 35.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.50



Verheimlicht – vertuscht – vergessen

Was 2022 nicht in der Zeitung stand

Gerhard Wisniewski

Auch für 2023 liegt «das andere Jahrbuch» vor – über Fakten und Tatsachen, die in den Mainstream-Medien unerwähnt blieben. Obwohl auf der Bestseller-Liste des «Spiegel» – vom Buchhandel wird dieses Buch totgeschwiegen. Sein Inhalt ist Vielen allzu brisant.

Kopp, Rottenburg 2023, 278 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 23.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 21.50

AKTUELL



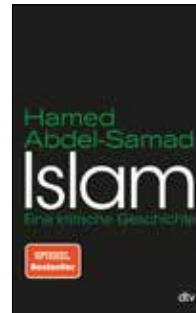
Hunter Bidens Laptop from Hell

Die Zensur der Internet-Giganten und die schmutzigen Geheimnisse des Joe Biden

Miranda Devine

Mehr als nur zweifelhafte Umtriebe des Präsidentensohns Hunter Biden in der Ukraine sind seit Frühjahr 2019 bekannt – wurden von den Medien im und nach dem US-Wahlkampf aber ausgeblendet. Die brisanten Fakten liegen jetzt vor: Pflichtlektüre!

Kopp, Rottenburg 2022 (Post Hill Press 2021), 280 S., geb., (Richtpreis Fr. 31.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 28.35



Islam

Eine kritische Geschichte

Hamad Abdel-Samad

Ein Muslim stellt sich der Geschichte des Islam – als Wahrheits-Sucher, nicht einfach überkommene, unter Machteinsatz durchgesetzte Lehren unbesehen propagierend. Islamkritik, die jeglichen Fundamentalismus überlegt zurückweist. Sehr lesenswert!

dtv, München 2023, 317 S., geb., (Richtpreis Fr. 37.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 34.10



Das unheimliche Jahrhundert

Vor der Zeitenwende

Thomas Fasbender

Als ausgewiesener Russland-Kenner (er ist auch Autor einer kritischen Biografie zu Wladimir Putin) beurteilt Fasbender aus umfassender Kenntnis des Weltgeschehens, was sich derzeit vor unseren Augen verändert: Europa ist auf dem Rückzug. Versorgungsprobleme treffen die Welt ebenso wie unaufhaltbare Wanderungsbewegungen. Was wird daraus?

Landt/Manuscriptum, Lüdinghausen 2022, 185 S., geb., (Richtpreis Fr. 35.50) Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 31.95



Operation Allah

Wie der politische Islam unsere Demokratie unterwandern will

Ahmad Mansour

Der kritische Islamismus-Experte charakterisiert den Islam von heute. Er betrachtet den politischen Islam als dessen gefährlichste Variante, da im Verborgenen agierend. Mansour beschreibt, wie die Unterwanderung politischer Institutionen durch den politischen Islamismus vor sich geht. Unbedingt zur Kenntnis zu nehmen.

S. Fischer, Frankfurt/M. 2022, 175 S., geb., (Richtpreis Fr. 31.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 28.75

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

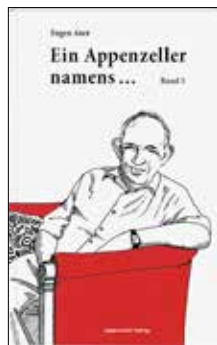
HEIMAT



Die Geschichte der Schifffahrt auf dem Vierwaldstättersee

Dr. Jürg Meister, Josef Gwerder u. a.
Wer bewundert sie nicht, die grossen, stolzen Raddampfer, aber auch die anderen grossen Passagierschiffe auf dem Vierwaldstättersee. Sie sind fast eine eidgenössische Institution.

Weber Verlag, Thun/Gwatt 2022, 631 S., geb., Grossformat, sehr reich ill., (Richtpreis Fr. 69.–) Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 62.10



Ein Appenzeller namens ...

Eugen Auer
Er legt bereits das fünfte Bändchen mit heiteren Geschichten über die Appenzeller, ihre Schlaueit und all ihre Wesenszüge vor. Eine höchst vergnügliche Lektüre.

Appenzeller Verlag, Schwellbrunn 2021, 79 S., brosch., ill., (Richtpreis Fr. 28.–) Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 25.20

BUCHZEICHEN



Atomkraft – Das Tabu

Brauchen wir Kernkraftwerke?

Martin Schlumpf
Die Situation ist hinlänglich bekannt: Die Politik will alles elektrifizieren – aber der Strom fehlt. Sparappelle klingen schön und gut. Der Strommangel kann damit freilich nicht im entferntesten überwunden werden. Die Zeit der grossen, gravierende Abfallprobleme verursachenden Atomkraftwerke ist vorbei. Die Technologie hat den Weg zu neuen, kleineren Kraftwerk-Typen gewiesen, die Kernschmelze ausschliessen und praktisch keinen nuklearen Abfall hinterlassen. Wer in der Energie-Debatte mitreden will, muss dieses Buch lesen – geschrieben für eine breite Leserschaft.

Edition Königstuhl, Ulm 2023, 166 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 27.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 25.10

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Michèle Binswanger – Die Zuger Landammann-Affäre **à Fr. 31.50**
- Gerhard Wisnewski – Verheimlicht ... **à Fr. 21.50**

Aktuell

- Miranda Devine – Hunter Bidens Laptop ... **à Fr. 28.35**
- Hamad Abdel-Samad – Islam **à Fr. 34.10**
- Thomas Fasbender – Das unheimliche ... **à Fr. 31.95**
- Ahmad Mansour – Operation Allah **à Fr. 28.75**

Heimat

- Dr. Jürg Meister, Josef Gwerder u. a. – Die Geschichten der Schifffahrt auf dem ... **à Fr. 62.10**

- Eugen Auer – Ein Appenzeller namens ... **à Fr. 31.50**

Buchzeichen

- Martin Schlumpf – Atomkraft – Das Tabu **à Fr. 25.10**

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(04/24.02.2023)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____ Tel-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____



SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Live im Internet

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



.radio
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

10. März 2023

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzi, Charly Pichler, Thorsten Polleit,
Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Zieggelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Finanzen, Organisation: Cornelia Rick

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Schwarze Listen

Vor einigen Tagen lief im TV ein äusserst sehenswertes Filmdrama. «Trumbo» spielt in den 1940er bis 1950er Jahren in Hollywood und handelt vom US-amerikanischen Drehbuchautor Dalton Trumbo. Der Film thematisiert ein brisantes Kapitel amerikanischer Geschichte und beleuchtet eine schwierige Epoche voller weltpolitischer Spannungen. Der Streifen basiert auf Trumbos Biografie, verfasst von Bruce Alexander Cook.

Kaum ist der Zweite Weltkrieg vorbei, droht sich die Welt erneut zu entzweien. Sowjet-Russland dehnt seine Einflusssphären in immer mehr Weltregionen aus, der Kalte Krieg nimmt seinen Anfang. In den westlichen Staaten wird der Kampf gegen die «kommunistische Gefahr» ausgerufen, da man die Bedrohung eines Umsturzes von innen als durchaus real betrachtete. Der begnadete Drehbuchautor Dalton Trumbo gerät als Mitglied der Kommunistischen Partei zusammen mit seinen Mitstreitern, den «Hollywood Ten», ins Fadenkreuz der Behörden.

Das US-Parlament setzt das «Komitee für unamerikanische Umtriebe» ein, welches das Land vor kommunistischer Unterwanderung schützen soll. Als dieses Dalton vor Gericht zerrt, verweigert er die Aussage – er macht kein Hehl daraus, weiterhin zu seinen Überzeugungen

zu stehen. Die «Verurteilung wegen Missachtung der Staatsgewalt» bringt ihn schliesslich in Haft. Trumbo landet zusammen mit vielen weiteren Filmschaffenden, denen kommunistische Neigungen nachgesagt werden, auf einer schwarzen Liste. Nach Verbüssung seiner Haftstrafe wird er in Hollywood wie ein Aussätziger gemieden und gerät in finanzielle Not. Als Ghostwriter gelingt es ihm durch grösste Bemühungen nur langsam, sich wieder zu etablieren (u.a. als Drehbuchautor für «Spartacus» mit Kirk Douglas).

So mancher Zuschauer hierzulande mag die Zeit der «Kommunistenjagd» als typisch amerikanisch abtun – bedient der Film doch reichlich die Klischees der dumpfen US-Konservativen. Dabei lassen wohl die meisten ausser Acht, dass die Zeit der schwarzen Listen auch bei uns längst nicht vorbei ist. Nur die Vorzeichen haben sich geändert: Jene Kreise, die mit Dalton und Co. sympathisieren, gehören heute zu jenen, die Zeitungsredaktionen, Universitäten und Staatsverwaltungen zur «SVP-freien Zone» erklären und im Zeitalter des Woke-Wahns allen anderen vorschreiben wollen, wie sie zu denken und zu reden haben.

Anian Liebrand

Schluss
Punkt